

Inhalt

- 2 Kommunalkonferenz:** Teilnehmer aus Ländern, Gemeinden und Verbänden erörtern aktuelle und praktische Fragen der Integration und Stadtentwicklung.
- 3 EU-Fördermittel:** Am Europäischen Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Bochum ist eine Beratungsinfrastruktur entstanden.
- 4 Zahlenspiegel:** Mietpreisindex, Wohnungsbaugenehmigungen und mehr – die wichtigsten Rahmendaten zur Wohnungswirtschaft für den Monat März.

Bundeshaushalt 2017: Wohnungswirtschaft begrüßt höheren Etat für bezahlbares Wohnen

Berlin – Das Bundeskabinett hat am 23. März 2016 die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2017 beschlossen. Danach werden die den Ländern zufließenden Kompensationsmittel für den Wegfall der Finanzhilfen des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in den Jahren 2017 bis 2019 um 500 Millionen Euro pro Jahr und damit auf über eine Milliarde Euro pro Jahr bis 2019 erhöht. Zudem sieht der Kabinettsbeschluss vor, weitere 500 Millionen Euro pro Jahr für ein Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte und für den Bereich „Soziale Stadt“ jährlich 300 Millionen Euro zusätzlich bereitzustellen.



Foto: Andreas Herrmsdorf / pixelio.de

Besonders positiv wertet die Wohnungswirtschaft die zusätzlichen Mittel für das Städtebauprogramm Soziale Stadt von 300 Millionen Euro.

„Angesichts des steigenden Drucks auf die Wohnungsmärkte in Deutschlands Großstädten begrüßen wir die deutliche Aufstockung der Mittel für den bezahlbaren Wohnungsbau ausdrücklich“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW. Nun sei es wichtig, dass diese Mittel von den Ländern zweckgebunden eingesetzt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden Zuwanderung aus dem

In- und Ausland in unsere Ballungszentren ist es mehr denn je notwendig, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Der GdW-Chef wies darauf hin, dass die Finanzierung der Wohnungsbauförderung auch nach dem Auslaufen der Kompensationsmittel Ende 2019 weiter auf hohem Niveau gesichert werden müsse.

Besonders positiv wertet Gedaschko die
Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Pläne für Integrationsgesetz werden konkret

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) arbeitet derzeit am sogenannten Integrationsgesetz. Neben möglichen Sanktionen für die Nicht-Teilnahme an Sprachkursen soll es auch die Regelung zur Wohnsitzauflage beinhalten. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete in ihrer Ausgabe vom 30. März 2016, dass auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD), eine zeitlich begrenzte Einschränkung bei der freien Wahl des Wohnsitzes befürwortet. (wi)

Kommunale Finanzen weisen Überschuss auf

Die Kern- und Extrahaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände in Deutschland wiesen 2015 einen Überschuss von rund 3,2 Milliarden Euro aus. Wie das Statistische Bundesamt am 30. März 2016 weiter mitteilte, ist die verbesserte finanzielle Lage mit dem deutlichen Zuwachs der Einnahmen um 7,7 Prozent auf 230,8 Milliarden Euro aus Gewerbe-, Umsatz- und Einkommenssteuer zu begründen. (wi)

Mehr Bauaufträge

Der saison-, arbeitstäglichen- und preisbereinigte Auftragseingang im Bauhauptgewerbe war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Januar 2016 um ein Prozent höher als im Dezember 2015. Der Index des Auftragseingangs erreichte mit einem Stand von 130,9 das höchste Niveau seit April 2002. Damals lag er bei 131,7. (wi)

Was folgt nach der Erstunterbringung? – Kommunalkonferenz zu Integrationskonzepten und Stadtentwicklung

Berlin – Ungeachtet gestiegener Wohnungsbauzahlen im vergangenen Jahr hat Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks zusätzliche Anstrengungen zur Behebung des Wohnungsmangels in Deutschland gefordert. „Gerade beim Wohnungsbau müssen wir noch eine Schippe drauflegen“, sagte Hendricks Mitte März 2016 zur Eröffnung einer Kommunalkonferenz zur Integration.



Politik und Verwaltung setzen sich aktuell mit der Frage einer dauerhaften Unterbringung und Integration der Bleibberechtigten in die Stadtgesellschaft auseinander.



Bundesbauministerin Barbara Hendricks stellte die aktuellen Strategien der Bundesregierung vor.

Fotos: BMUB/Sascha Hilgers

gung und der Integrationsaufgabe bereits heute mit den Programmen der Städtebauförderung, insbesondere mit dem Leitprogramm „Soziale Stadt“, das in Zukunft abermals deutlich aufgestockt werden soll. Auch die bereits Anfang des Jahres verdoppelten Mittel für den sozialen Wohnungsbau müssen bis 2020 nochmals erhöht werden. Dabei geht es darum, allen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, unabhängig von ihrer Herkunft.

Die Konferenz diente dem Austausch zwischen den Kommunen, Ländern und der Bundespolitik sowie Experten und Vertretern aus der Bau- und Wohnungswirtschaft. In Best Practice Beispielen zeigten Städte und Gemeinden strategische Konzepte für eine zukunftsgerichtete Wohnungspolitik mit neuen Konzepten. Baustaatssekretär **Gunther Adler** gab auf der Kommunalkonferenz den Projektauftrag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bekannt: „Über die akute Notwendigkeit der Erstunterbringung hinaus spielt bei den Fragen der Integration die strategische Dimension eine wichtige Rolle. Wir suchen im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik innovative Ideen, die sich mit der Integration als Zukunftsaufgabe integrierter Stadtentwicklung im gesamtstädtischen Kontext befassen.“ Bis zum 31. Mai 2016 können Ansätze für innovative Planungsprozesse eingereicht werden, in denen stadtgesellschaftliche Diskurse geführt, strategische Konzepte und Aktionsprogramme aufgestellt und erste Umsetzungsschritte gegangen werden. (schr/kön) ■

„Im vergangenen Jahr wurden immerhin 270.000 Wohnungen neu gebaut. Das wird zukünftig aber bei Weitem nicht reichen. Wir brauchen eine Wohnungsbauoffensive, bei der wir alle an einem Strang ziehen – Bund, Länder und Kommunen.“ Es müsse verhindert werden, dass Menschen mit geringeren Einkommen aus den Innenstädten verdrängt werden. „Wir wollen keine Ghettos – weder für die Reichen, noch für einkommensschwache Menschen“, sagte Ministerin Dr. **Barbara Hendricks**.

Die Konferenz des Bundesbauministeriums stand unter dem Thema „Zuwanderung und integrierende Stadtgesellschaft – Was folgt nach der Erstunterbringung?“. Mehr als 300 Teilnehmer aus Ländern, Gemeinden und Verbänden erörterten aktuelle und praktische Fragen der Integration und Stadtentwicklung.

„Unser Land steht mitten in der größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung“, sagte Hendricks. „Wir blicken auf Monate zurück, in denen händeringend Erstunterkünfte gesucht wurden – mitten im Winter. Monate, in denen innerhalb weniger Tage die Infrastruktur für Hunderttausende Menschen geschaffen werden musste. Viele werden in unserem Land bleiben. Dafür brauchen wir nicht nur eine Wohnungsbauoffensive, sondern auch eine Integrationsoffensive. Wir stehen jetzt vor einer doppelten Aufgabe: Es geht um die Integration der Flüchtlinge und um die Stärkung des Zusammenhaltes in unserer Gesellschaft. Integration kann nur funktionieren, wenn drei wichtige Voraussetzungen erfüllt sind: Sprache, Arbeit und funktionierende Nachbarschaften.“

Der Bund unterstützt die Städte und Gemeinden bei der Flüchtlingsunterbrin-

➔ Fortsetzung von Seite 1

kräftige Aufstockung der Mittel für das Städtebauprogramm Soziale Stadt. „Die Integration der zu uns kommenden Flüchtlinge muss zur nationalen Aufgabe werden. Die Erhöhung der Mittel um 300 Millionen Euro kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Integration findet nicht nur im Bereich Arbeit und Bildung statt, sondern gerade auch in den Wohnquartieren. Deshalb brauchen wir eine möglichst flexible Ausgestaltung des Programms Soziale Stadt, die über die bisherige städtebauliche Gebietskulisse hinausgehen kann und die Integration in den Wohnquartieren stärkt. Gut funktionierende Nachbarschaften sind

Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration der Menschen in ihrer neuen Heimat“, so Gedaschko.

Der GdW-Präsident wies eindringlich darauf hin, dass die Wohnungswirtschaft in Deutschland nur ausreichend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen kann, wenn jetzt auch die Ergebnisse des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen umgesetzt werden. Dazu gehört beispielsweise, die Baunutzungsverordnung zu überarbeiten, um Hemmnisse für die Aufstockung von Wohngebäuden zu beseitigen und die kommunalen Bauämter personell deutlich besser auszugestalten, um

die Genehmigungsverfahren drastisch zu beschleunigen. Zudem müssen die Kommunen ausreichend bezahlbare Grundstücke bereit stellen. Ebenso wichtig sei es, die Einführung der steuerlichen Sonderabschreibung (Sonder-AfA) um eine gleichwertige Investitionszulage für die Wohnungsunternehmen zu ergänzen, die die steuerliche Förderung nicht nutzen können. Dies sei angesichts der großen nationalen Herausforderung des Wohnungsbaus mehr als gerechtfertigt. (burk/schi) ■

➔ Weitere Infos des Bundesfinanzministeriums zum Eckwertebeschluss finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/0PqfDU>

Neuerungen im KfW-Programm „Energieeffizient Bauen“ zum 1. April 2016

Frankfurt am Main – Zum 1. April 2016 erneuert die KfW Bankengruppe ihr Programm „Energieeffizient Bauen“. Neben den weiter bestehenden Standards KfW-Effizienzhaus 55 und 40 wird der neue Standard KfW-Effizienzhaus 40 Plus eingeführt: Damit werden Gebäude gefördert, die Energie erzeugen sowie speichern und so den verbleibenden, sehr geringen Energiebedarf überwiegend selbst decken können.

Außerdem bietet die KfW ein vereinfachtes Nachweisverfahren für das KfW-Effizienzhaus 55 an. Aufgrund der energetisch strengeren Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) entspricht das seit 2009 von der KfW geförderte Effizienzhaus 70 annähernd den gesetzlichen Mindestanforderungen bei Wohnungsneubauten. Da es so keinen zusätzlichen Anreiz gibt,

läuft die Förderung dieses Standards im Programm „Energieeffizient Bauen“ zum 31. März 2016 aus.

Darüber hinaus verdoppelt die KfW den Förderhöchstbetrag für Bauherren von 50.000 Euro auf 100.000 Euro. Zusätzlich wird eine 20-jährige Zinsbindung angeboten. Ferner hat der Bauherr einen

verbindlichen Anspruch auf einen Baubegleitungszuschuss. Hierbei erhält er 50 Prozent (aber maximal 4.000 Euro) der Kosten für die energetische Fachplanung und Baubegleitung durch einen unabhängigen Experten. (bau/kön) ■

➔ Weitere Infos finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/HQgqz2>

EUROPA

Beratungsinfrastruktur für EU-Fördermittel entstanden

Bochum – Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft beansprucht bis jetzt nur wenige Fördermittel der EU. Zu unbekannt sind die Möglichkeiten, zu komplex die Akquise. Deshalb ist am Europäischen Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (EBZ) in Zusammenarbeit mit dem Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW sowie dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (VdW) Rheinland Westfalen eine Beratungsstruktur rund um europäische Fördermittel und -möglichkeiten entstanden.

Ob Digitalisierung, demografischer Wandel, Energiewende oder Flüchtlingsstrom – die deutsche Wohnungs- und Immobilienwirtschaft wird von zahlreichen Entwicklungen beeinflusst. „Mit dem European Network for Housing and Urban Development (ENH) haben wir am EBZ eine professionelle Infrastruktur für Konzeption, Antragstellung und Umsetzung europäischer Verbundprojekte etabliert. Ziel ist es, die Vernetzung mit geeig-

neten Projektpartnern in ganz Europa zu erleichtern und Unternehmen bei Fragen rund um die Akquise von Fördermitteln, Forschungsausschreibungen und Projektentwicklung zu unterstützen“, erklärte **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW. „Am EBZ laufen die Fäden von Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Stadtentwicklung, Bildung und Forschung zusammen. Es verfügt über das eigene Forschungsinstitut InWIS, die EBZ Business School als

forschungsaffine Hochschule und jahrelange Erfahrung in der Auftragsforschung, Beratung und Fördermittelbeantragung“, sagte **Alexander Rychter**, Verbandsdirektor des VdW Rheinland Westfalen. Am 7. April 2016 findet eine Auftaktveranstaltung zum Thema „Wohnen und Stadtentwicklung im europäischen Kontext“ im EBZ statt. (dan/kön) ■

➔ Weitere Infos unter www.e-b-z.de/europa

DW | DIE WOHNUNGS-
WIRTSCHAFT

Ausschreibung DW-Zukunftspreis der Immobilienwirtschaft 2016

„Wohnungswirtschaft in Zeiten dynamischer Veränderung – zukunftsweisende Strategien und Konzepte“

Zukunftspreis der
Immobilienwirtschaft
DW | 2016



Bewerben Sie sich hier unter www.dw-zukunftspreis.de

Aktueller Zahlenspiegel 3/2016

Rahmendaten zur Wohnungswirtschaft in Deutschland

| Bevölkerungsstand (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011) | 2. Vierteljahr | | Veränderung gegen Vorjahr |
|--|---------------------|---------|--|
| | 2014 | 2015 | |
| Bevölkerungsstand (1.000 Einwohner) | 80.925 | 81.459 | +0,7% |
| Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen Veränderung gegen Vorjahr auf Basis der Preise von 2010 | 4. Vierteljahr | | Veränderung gegen Vorjahr preisbereinigt |
| | 2014 | 2015 | |
| Bruttoinlandsprodukt (Mrd. EUR) | 740,4 | 772,9 | +2,1% |
| dar.: Bauinvestitionen (Anlageinvestitionen Bauten) | 70,9 | 74,4 | +3,3% |
| dar.: Wohnbauten | 41,7 | 44,4 | +4,6% |
| Verbraucherpreisindex (2010 = 100) | Februar | | Veränderung gegen Vorjahr |
| | 2015 | 2016 | |
| Verbraucherpreisindex aller privaten Haushalte | 106,5 | 106,5 | +0,0% |
| Mietpreisindex (2010 = 100) | Februar | | Veränderung gegen Vorjahr |
| | 2015 | 2016 | |
| Wohnungsmiete (einschl. Nebenkosten) insgesamt | 106,1 | 107,3 | +1,1% |
| Wohnungsmiete (inkl. Miete von Eigentumswohnungen) | 106,2 | 107,4 | +1,1% |
| Altbauwohnungen | 106,5 | 107,8 | +1,2% |
| Neubauwohnungen | 106,1 | 107,3 | +1,1% |
| Index der Mietnebenkosten (2010 = 100) | Februar | | Veränderung gegen Vorjahr |
| | 2015 | 2016 | |
| Wasserversorgung | 107,0 | 109,2 | +2,1% |
| Müllabfuhr | 99,9 | 99,7 | -0,2% |
| Abwasser | 104,0 | 104,3 | +0,3% |
| Andere Nebenkosten | 110,5 | 112,2 | +1,5% |
| Index der Energiekosten (2010 = 100) | Februar | | Veränderung gegen Vorjahr |
| | 2015 | 2016 | |
| Strom | 125,3 | 125,1 | -0,2% |
| Gas | 110,5 | 107,7 | -2,5% |
| Flüssige Brennstoffe | 95,5 | 63,4 | -33,6% |
| Feste Brennstoffe | 112,6 | 109,7 | -2,6% |
| Zentralheizung/Fernwärme | 115,4 | 104,6 | -9,4% |
| Baupreisindex (2010 = 100) (ohne Umsatzsteuer) | 4. Vierteljahr | | Veränderung gegen Vorjahr |
| | 2014 | 2015 | |
| Bauleistungen (Neubau) am Wohngebäude | 109,8 | 111,6 | +1,6% |
| Rohbauarbeiten | 109,0 | 110,2 | +1,1% |
| Ausbauarbeiten | 110,5 | 112,8 | +2,1% |
| Baulandpreise (in EUR je qm) | 3. Vierteljahr | | Veränderung gegen Vorjahr |
| | 2014 | 2015 | |
| Kaufwerte für baureifes Bauland (EUR je qm) | 135,59 | 149,14 | +10,0% |
| Geschäftsgebiet | 203,36 | 255,30 | +25,5% |
| Geschäftsgebiet mit Wohngebiet gemischt | 248,99 | 320,02 | +28,5% |
| Wohngebiet | 163,63 | 154,21 | -5,8% |
| Industriegebiet | 43,88 | 39,17 | -10,7% |
| Dorfgebiet | 21,36 | 39,83 | +86,5% |
| Index des Auftrageinganges im Baugewerbe (Wertindex 2010 = 100) | Januar | | Veränderung gegen Vorjahr |
| | 2015 | 2016 | |
| Hoch- und Tiefbau | 94,2 | 105,0 | +11,5% |
| Wohnungsbau | 121,2 | 143,8 | +18,6% |
| Wohnungsbaugenehmigungen | Januar bis Dezember | | Veränderung gegen Vorjahr |
| | 2014 | 2015 | |
| Genehmigungen insgesamt (einschl. Bestandsmaßnahmen) | 284.851 | 308.687 | +8,4% |
| dar.: Wohnungen (Neubau) in Einfamilienhäusern | 88.168 | 95.287 | +8,1% |
| Wohnungen (Neubau) in Zweifamilienhäusern | 19.152 | 20.170 | +5,3% |
| Wohnungen (Neubau) in Mehrfamilienhäusern | 128.062 | 136.961 | +6,9% |
| davon: Eigentumswohnungen | 72.170 | 70.534 | -2,3% |
| Mietwohnungen | 55.892 | 66.427 | +18,8% |

Quelle: Statistisches Bundesamt © GdW Beckmann

Die BSG-Allgäu als einer der besten Arbeitgeber in Deutschland ausgezeichnet

Kempten – Die BSG-Allgäu Bau- und Siedlungsgenossenschaft eG ist beim aktuellen „Great Place to Work“ - Wettbewerb als einer von „Deutschlands Besten Arbeitgebern 2016“ ausgezeichnet worden.



Foto: Great Place to Work

Mario Dalla Torre (Vorstand BSG-Allgäu), Tanja Thalmeier (Vorstand BSG-Allgäu) und Manuel Burkart (Projektleitung BSG-Allgäu) bei der Auszeichnungsfest (v. l.)

Die Auszeichnung steht für besondere Leistungen und hohes Engagement bei der Entwicklung einer vertrauensvollen und auf Wertschätzung und Respekt basierenden Arbeitsplatzkultur sowie der Gestaltung attraktiver Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Als Bewertungsinstrumente wurden eine ausführliche, anonyme Mitarbeiterbefragung aller Beschäftigten zur erlebten Arbeitsplatzkultur sowie eine Befragung der Unternehmensführung zu den Maßnahmen der Personalarbeit eingesetzt. Insgesamt nahmen deutschlandweit 613 Unternehmen an der aktuellen Benchmark-Untersuchung zur Qualität und Attraktivität der Arbeitsplatzkultur teil.

„Solch positive Rückmeldungen unseres engagierten Mitarbeiterteams spornen uns an, unseren Personalentwicklungsprozess – gemeinsam mit allen Führungskräften – weiterzuentwickeln und täglich daran zu arbeiten, dass die BSG-Allgäu ein großartiger Arbeitsplatz bleibt. Nur ein engagiertes, motiviertes Team kann unsere Ziele – ganz im Sinne unserer genossenschaftlichen Philosophie – erreichen“, so die beiden Vorstände **Tanja Thalmeier** und **Mario Dalla Torre**.

Die BSG-Allgäu kümmert sich als sozial orientierte Wohnungsgenossenschaft seit inzwischen 110 Jahren um die Belange ihrer Mitglieder und versorgt die Bevölkerung in der Region mit gutem, sicheren und bezahlbarem Wohnraum. Die Genossenschaft bewirtschaftet derzeit einen Bestand von über 6.200 Wohnungen in Kempten und dem Allgäu. (burkön) ■

Betriebliches Gesundheitsmanagement – Modul 1

13.+14. April 2016, Berlin

Inhaltliche Schwerpunkte dieses Seminars speziell für mittlere und kleinere Wohnungsunternehmen sind die Grundlagen des betrieblichen Gesundheitsmanagements. Was genau wird darunter verstanden, was sind die Ziele und der Nutzen? Außerdem werden die Beteiligten am betrieblichen Gesundheitsmanagement näher beleuchtet. Dazu zählen die Unternehmensleitung, die Personalabteilung, der Betriebsrat, die Betriebsärzte und der Arbeitsschutzausschuss.

Weitere Infos: BBA, Sandra Niedergesäß, Telefon: 030/23085514,

E-Mail: sandra.niedergesaess@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de

Buchführung lernen – Speziell für Azubis

16. April 2016, Bochum

Buchführung und Rechnungswesen sind eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg von Immobilienunternehmen. Deshalb werden von Auszubildenden in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft fundierte Kenntnisse auf diesem Gebiet erwartet. Zudem sind sie unerlässlich für das erfolgreiche Bestehen der Abschlussprüfung. Dieses kompakte Seminar bietet die Möglichkeit, den in der Berufsschule erlernten Mittelstufensstoff Buchführung aufzufrischen, zu ergänzen und zu festigen.

Weitere Infos: EBZ, Franziska Jellema, Telefon: 0234/9447582, E-Mail: f.jellema@e-b-z.de,

Internet: www.e-b-z.de

Rechtssichere Umlage von Betriebskosten

19. April 2016, Stuttgart

Die Betriebskosten sind ein maßgeblicher Faktor für eine rentable Gebäudebewirtschaftung. Betriebskostenabrechnungen führen insbesondere bei der Wohnraummiete sehr häufig zu Streitigkeiten mit den Mietern. Hinzu kommen immer höhere Anforderungen der Gerichte an die formelle und materielle Korrektheit der Abrechnung. Die Teilnehmer erfahren in diesem jährlichen Seminar unter anderem, welche Betriebskostenarten wirksam auf den Wohnraummieter umgelegt werden können, worauf sie bereits bei der Vertragsgestaltung achten müssen und was im Zusammenhang mit der Erstellung einer Abrechnung und deren Zugang beim Mieter zu beachten ist. Ausführlich besprochen werden insbesondere auch die aktuellen Entscheidungen des Bundesgerichtshofes zur Betriebskostenproblematik.

Weitere Infos: AWI, Stefanie Kurz, Telefon: 0711/16345601, E-Mail: stefanie.kurz@awi-vbw.de,

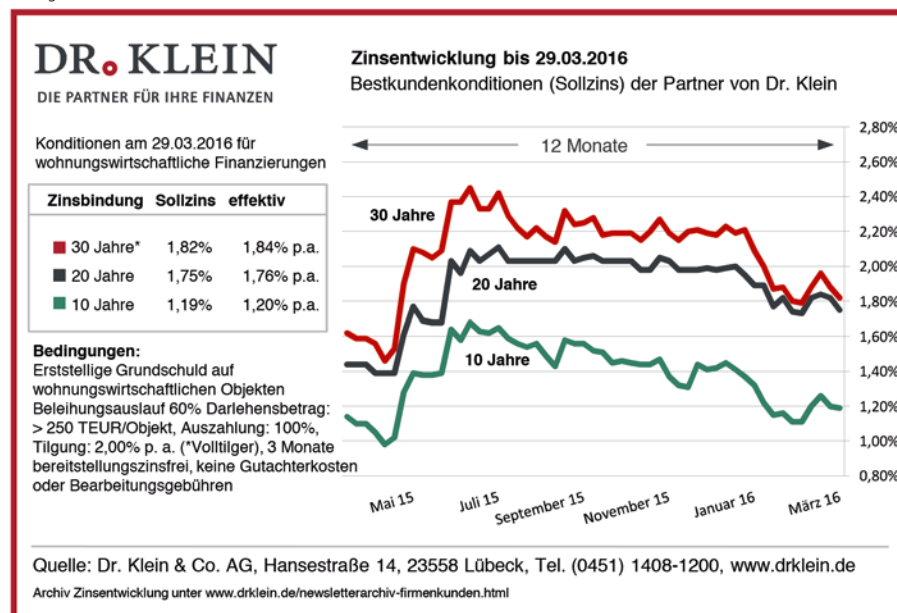
Internet: www.awi-vbw.de

PERSÖNLICHES

Udo Carstens, Geschäftsführer der Weimarer Wohnstätte GmbH, feierte am 28. März

2016 seinen 50. Geburtstag. Er ist Delegierter zum GdW-Verbandstag.

Anzeige

**wi Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader,
Anne-Sophie König

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel.: 030 82403-151
Fax: 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg:
Hufnerstraße 28
22083 Hamburg
Tel.: 040 211165-32
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2016.
www.mediacenter.haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:
115 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbestellungs-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingese-
andte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

wi Online-Archiv

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter www.haufe.de/immobilien in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „Zeitschriften“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf www.haufe.de verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „Meine Produkte starten“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses besucht GdW

Ansgar Heveling, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, hat die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler und öffentlicher Wohnungsunternehmen im Rahmen ihrer März-Sitzung besucht. Schwerpunkt des Meinungsaustausches war die aktuelle Flüchtlingspolitik. Dabei unterstützte Heveling die Forderung des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW nach einem Wohnortzuweisungsgesetz und kündigte Unterstützung im Bereich der Integration von Flüchtlingen an. Heveling zeigte sich dankbar über die praktischen Anregungen aus der BAG und sicherte zu, auch künftig mit dem GdW und der Bundesarbeitsgemeinschaft im Dialog zu bleiben. (her/kön) ■



Weltquartier Wilhelmsburg – Klinkerskulptur im Passivhausstandard

Foto: HG Esch Photography

Deutscher Bauherrenpreis für das Hamburger Weltquartier

Die städtische SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft hat gemeinsam mit Gerber Architekten die traditionsreiche Arbeitersiedlung in Hamburg-Wilhelmsburg durch zwei neue Gebäude mit markanter Architektur im Passivhausstandard ergänzt. Die unterschiedlichen belegungs- und mietpreisgebundenen 75 Wohnungen sind für Singles, Paare und Familien geeignet und fördern genauso wie der Alt und Neu verbindende gemeinsame Hof das für das gesamte Weltquartier charakteristische sozial gemischte und interkulturelle Zusammenleben. (hunglburk) ■



Preisträger aus Hamburg mit Vertretern der Auslober und Unterstützer bei der Preisverleihung.

Foto: Tina Merkau

Recht so

„Dauerbrenner“ Auslandsbeurkundung

Wie das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg am 22. Januar 2016 (Az.: 99 AR 9466/15) entschieden hat, kann die Gründung einer deutschen GmbH nicht wirksam von einem Berner Notar beurkundet werden. Die Beurkundung einer GmbH-Gründung durch einen Notar im Kanton Bern sei nicht mit einer deutschen Beurkundung im Sinne von § 2 Absatz 1 Satz 1 Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) vergleichbar. Dem deutschen Formerfordernis wurde daher nach Ansicht des Gerichts nicht genügt. ■

EXPERTENMEINUNG von Dr. Matthias Zabel GdW-Referent „Recht“

„Der Entscheidung liegt ein ‚Dauerbrenner‘ zugrunde. Immer wieder einmal wird versucht, Beurkundungen, die nach deutschem Gesellschaftsrecht vorgeschrieben sind, von Schweizer Notaren vornehmen zu lassen. Der Grund: Kosteneinsparungen. Das Gefährliche an der Sache ist nur: Obwohl sich der Bundesgerichtshof BGH bereits mehrmals mit Auslandsbeurkundungen befasst hat, gibt es bis heute keine abschließende höchstrichterliche Rechtsprechung zu der Frage, ob Beurkundungen durch Schweizer Notare – allgemein oder beschränkt auf bestimmte Kantone – den Beurkundungen durch deutsche Notare ‚gleichwertig‘ und damit zulässig sind. Dies gilt besonders für Beurkundungen betreffend die Gründung einer GmbH. Aber auch für Beurkundungen betreffend die Übertragung von GmbH-Anteilen ist die Rechtslage noch nicht abschließend geklärt. Bis zu einer solchen Klärung durch den BGH ist in der Praxis von derartigen Auslandsbeurkundungen abzuraten. Den Kosteneinsparungen steht eine erhebliche Rechtsunsicherheit entgegen.“ ■



Foto: GdW, Urban Rutths

ZAHL DER WOCHE

11

Millionen Schüler werden im Schuljahr 2015/2016 an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Deutschland unterrichtet. Wie das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Angaben weiter mitteilte, entspricht dies einem leichten Rückgang von 0,4 Prozent im Vergleich zum vorhergehenden Schuljahr. Damit setzte sich der rückläufige Trend seit dem Schuljahr 2000/2001 weiterhin fort. Im laufenden Schuljahr besuchen 8,3 Millionen Schüler allgemeinbildende Schulen. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl um 0,4 Prozent. Die Entwicklung verlief in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich: Während an allgemeinbildenden Schulen in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) die Schülerzahl um 1,8 Prozent stieg, sank sie im früheren Bundesgebiet um 0,8 Prozent. An den beruflichen Schulen werden 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2015/2016 unterrichtet. Im Vergleich zum vorhergehenden Schuljahr ist das ein Rückgang um 0,6 Prozent. ■

Matr-Nr. 06505-5419